Österreichischer
Gewerkschaftsbund

ÖGB

Bundesministerium für Gesundheit
z.Hd. Frau Mag. Alexandra Lust
Radetzkystraße 2
1031 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Bearbeiter/in	Klappe (DW)	Datum
BMG-92250/0021-II/A/2/2013	Mag.RH/MS	39172	14.05.2013

Bundesgesetz, mit dem das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz geändert wird (GuKG-Novelle 2013) und mit dem das MTD-Gesetz geändert wird (MTD-Gesetz-Novelle 2013)

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben angeführten Entwurfes und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit der Novelle soll, neben der erforderlichen Regelung der Informationsverpflichtungen, die sich aus der Umsetzung der Patientenmobilitäts-Richtlinie der EU ergeben, auch eine Einschulung und Unterweisung von pflegenden Angehörige sowie eine Weiterdelegation von ärztlich angeordnete Tätigkeiten an diese durch diplomiertes Pflegepersonal ermöglicht werden.

Diese Maßnahmen werden unweigerlich einen hohen Zeitaufwand erfordern, damit sie in entsprechender Qualität durchgeführt werden können. Sofern sie nun durch diplomierte Pflegepersonen aus dem stationären Bereich erfolgen sollen, hat dieser Mehraufwand sowohl in den jeweiligen Personalschlüsseln als auch in den konkreten Personalplänen Berücksichtigung zu finden.

Ohne eine adäquate Berücksichtigung dieses erheblichen Mehraufwandes könnte das Pflegepersonal aufgrund der ohnehin knapp bemessenen Personaldecke die notwendigen Ressourcen kaum mehr aufbringen.

Eine diesbezügliche Erwähnung findet sich jedoch an keiner Stelle des Entwurfes. Seitens des ÖGB wird daher eine entsprechende Erwähnung und Klarstellung gefordert.

Erich Foglar
Präsident

Österreichischer Gewerkschaftsbund 1020 Wien Johann-Böhm-Platz 1

Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär

Johann-Böhm-Platz 1
A-1020 Wien
Telefon +43 1 534 44 DW
Telefax +43 1 534 44 DW

Internet: www.oegb.at
E-Mail: oegb@oegb.at

ZVR Nr. 576439352
DVR Nr. 0046655
ATU 16273100

BAWAG, Konto Nr. 01010-225-007
BLZ 14000
IBAN AT211400001010225007
BIC BAWAATWW

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.